

Bezugspreis:

Für den Monat Oktober 200.— M., voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich und Luxemburg 30.— M. für das übrige Ausland 35.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Irland, Frankreich, Holland, Litauen, Lettland, Estland, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn. Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Freizeit“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Montag, den 23. Oktober 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Bankkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diakon-Gesellschaft, Postfach Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:

Die einseitige Monoreilige Zeile kostet 60.— M. Restzeile 50.— M. „Kleine Anzeigen“ des jetzigen Monats 14.— M. (zünftig zwei jetzige Monate) jedes weitere Wort 12.— M. Stellenangebote und Schulstellenanzeigen das erste Wort 8.— M., jedes weitere Wort 6.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 20.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Keine Ausgleichszahlungen bis Juli.

WID. meldet: Die Verhandlungen mit den Vertretern der öffentlichen Ausgleichsämter sind am Sonnabend abgeschlossen worden. Die Vertreter der beiderseitigen Ausgleichsämter haben ein Abkommen unterzeichnet, wonach Deutschland bis zum Juli 1923 von Zahlungen im Ausgleichsverfahren befreit ist. Das Abkommen ist den Regierungen zur Annahme vorgelegt. Die Entschädigung der Reichsregierung wird im Zusammenhang mit der Regelung der allgemeinen Reparationsfrage zu erfolgen haben. Die Regierung bereitet eine Denkschrift über die gesamte Frage der Ausgleichsverhandlungen vor, die dem Reichstag demnächst vorgelegt werden soll.

Labour Party und Kabinettswechsel.

London, 23. Oktober. (EP.) Abg. Clynes (Arbeiterpartei) hielt gestern in Bristol eine Rede, in der er erklärte: Wir erwarten die Wahlen mit Zuversicht; ob die Anhänger Lloyd Georges als Zentrumspartei in den Wahlkampf gehen oder ob sie sich mit den Konservativen zusammenschließen werden, hat für die Arbeiterpartei keine große Bedeutung. Bonar Law ist ein geschickter und sehr hartnäckiger Mann. Was wird er tun können, um der Arbeitslosigkeit zu steuern? Welche Haltung wird er einnehmen, um das Reparationsproblem zu lösen? Solange die bestehenden Verträge nicht in Übereinstimmung mit Deutschland residieren, werden noch sehr viele Konferenzen abgehalten werden müssen und England wird seinen früheren Wohlstand gleichwohl nicht wiederfinden. Was wird Bonar Law in bezug auf unsere Beziehungen zu Frankreich machen? Die Taten des früheren Ministeriums haben uns in Europa wenig Freunde gelassen. Was die Arbeiterpartei anbelangt, so bleibt sie grundsätzlich jeder Allianz abgeneigt.

London, 23. Oktober. (EP.) In einer Versammlung der Arbeiterpartei in Swansea wurde ein Brief Hendersons verlesen, in dem dieser sagt, die Koalition sei durch eine reaktionäre Regierung abgelöst worden, die die Politik der Arbeiterpartei ver-

leumde. Tausende von hochverdienenden Männern und arbeitssamen Mitbürgern würden durch die neue Regierungspolitik arbeitslos gemacht werden. Die Arbeiterpartei müsse deshalb auf der Hut sein.

Bonar Law soll heute, Montag, zum Führer der konservativen Partei gewählt und darauf zum Ministerpräsidenten ernannt werden. Der ehemalige Schatzkanzler Mac Kenna, dessen Eintreten für eine gründliche Umgestaltung der wirtschaftlichen Bedingungen von Versailles allgemein bekannt ist, will in einer Londoner City-Wahlerversammlung für Bonar Law eintreten. Das würde er wohl schwerlich tun, wenn er Bonar Law als Gegner seiner eigenen Ueberzeugung kennen würde. Aus London schreibt denn auch Jules Sauerwein dem Pariser „Matin“:

„Man darf nicht glauben, daß Bonar Law oder die Frankreichs freundlichen Mitglieder dieses Kabinetts jemals Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland gern sehen würden. In einem Punkte ähneln die Ansichten der Liberalen, Konservativen und Arbeiter in England einander: Deutschland kann nicht zahlen, ihr müßt also seine Schulden reduzieren! Deutschland ist vom Bolschewismus bedroht, ihr dürft also keine Gewalt gegen Deutschland anwenden! Wenn man der Wirklichkeit ins Auge faßt und sich nicht mit leeren Phrasen begnügen will, dann wird man erkennen müssen, das drei Viertel des englischen Volkes dieser Ansicht sind und schließlich ihre Ansicht ändern werden.“

In der Reparationskommission hat Sir John Bradbury gegen jene Vorschläge Frankreichs gesprochen, die Deutschland das Schicksal Österreichs bereiten wollen, und es wird insbesondere gemeldet, daß die Aussichten auf Einigung in der Reparationskommission sehr gering seien. Viel besprochen wird der Besuch des amerikanischen Botschafters Herrick bei Poincaré. Nach der „Chicago Tribune“ hat dieser Besuch einige Überraschungen hervorgerufen. Es verlautet, daß Poincaré mit Herrick über die Zurückberufung der amerikanischen Truppen vom Rhein zu sprechen gewünscht habe.

Die englische Regierungskrise.

Von Rudolf Breitscheid.

Der folgende Artikel ist die Frucht einer politischen Studienreise nach England, von der Gen. R. Breitscheid soeben zurückgekehrt ist. Red. d. „V.“

Lloyd Georges Tage und die der Koalition waren seit einigen Wochen gezählt, aber die Lösung, die die politische Krise in England einstweilen gelindert hat, kam doch unvermutet. Man nahm an, daß „der kleine Wallker“ das Parlament auflösen und als Premierminister an das Volk appellieren werde. Daß er vorher zurücktrat, galt als unwahrscheinlich, denn er ist nicht der Mann, der einem Kampf aus dem Wege geht.

Die Versammlung der konservativen Unterhausmitglieder und Minister, die am letzten Donnerstag stattfand, machte einen Strich durch alle Berechnungen. Wider Erwarten entschied sie gegen den Führer der konservativen Partei, Austen Chamberlain, der die Koalition verteidigte. Das Land hatte sich in den letzten Tagen so entschieden von dem bisherigen System und seinem hervorragenden Träger abgewandt, daß nur noch eine Minderheit der konservativen Parlamentarier an der alten Politik festzuhalten wagte. Die große Mehrheit verlangte reine Parteiwahlen. Die sehr unfreundlichen Zusage, mit denen einige der Koalitionsminister von der Volksmenge vor der Tür des Carlton-Clubs begrüßt worden waren und vor allem der eben bekanntgewordene Sieg des antikoalitionistischen konservativen Kandidaten bei der Erbschaftwahl in Newport gaben den letzten Anstoß zu der sensationellen Entscheidung.

Damit fiel das Kabinett auseinander, und es blieb Lloyd George nichts anderes übrig, als dem König seine Demission einzureichen, der Bonar Law, den Vertrauensmann der Konservativen als der stärksten Fraktion, zur Neubildung der Regierung berief. Bonar Law wird diese Mission übernehmen und durchführen, nachdem ihn die Konservativen offiziell zum Parteiführer gewählt haben, und dann nach aller Wahrscheinlichkeit ungekürzt das Parlament auflösen und Neuwahlen ausschreiben. Aus ihnen werden, wie ich schon vor einigen Tagen ausführende, wenn nicht alles täuscht, die Konservativen mit der größten Mandatsziffer hervorgehen, und die Frage ist nur, ob sie die absolute Mehrheit erringen. Geschieht das nicht, so muß es zu einer neuen Koalition kommen, und so merkwürdig es klingen mag, ein Zusammengehen der Anhänger Bonar Laws mit den unter der Führung von Asquith und Grey stehenden unabhängigen Liberalen liegt dann keineswegs außerhalb des Bereichs der Möglichkeit, da für eine Kombination: Liberale und Arbeiterpartei die Voraussetzungen kaum gegeben sein werden. Lloyd George wird mit einer verhältnismäßig kleinen Gruppe — man schätzt rund 50 Mitglieder — einstweilen beiseite stehen, aber gerade bei der Unsicherheit der Mehrheitsverhältnisse ein nicht unbeträchtliches Gewicht in die Waagschale zu werfen haben.

Deutschland interessiert dieser Wechsel in dem Kurs des englischen Staatschiffes natürlich in erster Linie unter dem Gesichtswinkel seines eigenen Schicksals. Wie wird der Rücktritt Lloyd Georges auf die auswärtige Politik Großbritanniens einwirken? Wie wird er Englands Verhältnis zu Frankreich und Deutschland beeinflussen?

Es ist in den letzten Tagen vielfach so dargestellt worden, als habe Deutschland in dem scheidenden Premierminister einen Freund verloren. Daran ist zweifellos soviel richtig, daß Lloyd George die Unerfüllbarkeit des Versailler Friedensvertrages erkannt hatte und die Methoden Poincarés verabscheute. Es lebte in ihm der Wunsch, Europa den Frieden zurückzugeben, und er sah ein, daß eine der wesentlichsten Vorbedingungen für die Erfüllung seiner Sehnsucht eine Revision der französischen Politik sei. Er hat dem oft — nicht nur in öffentlichen Reden — deutlich genug Ausdruck gegeben, aber leider waren seine Bemühungen nur in sehr geringem Umfang von Erfolg gekrönt, und diejenigen, die von seinem Eingreifen etwas Entscheidendes für Deutschland erwarteten, sahen sich immer wieder enttäuscht. Was war der Grund? Man kann darauf hinweisen, daß er nicht sein eigener Herr war und Rücksichten auf die Konservativen im Kabinett nehmen mußte, indessen ist damit doch keine ausreichende Erklärung für sein Versagen gegeben, und wir müssen uns klar darüber werden, ob die Praxis, die er befolgte, die richtige war.

Was man in London, insonderheit von bürgerlichen Politikern immer wieder hören kann, ist, daß es für England nur zwei Wege gibt: entweder es lebt in einigermaßen erträglichen Beziehungen zu Frankreich, oder es zieht sich wie Amerika von den kontinentaleuropäischen Angelegenheiten zurück. Ein drittes existiert nicht, vor allem nicht die Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts mit Frankreich, denn in der einen Beziehung besteht in dem britischen Volke Einmütigkeit: es will keinen Krieg.

Lloyd George macht man zum Vorwurf, daß er sich zu keiner der beiden Alternativen entschlossen habe. Und wohl nicht mit Unrecht! Er wollte die Hände in den europäischen

kräfte, der Deutschösterreich von der tschechischen Kohle unabhängig machen soll, haben ja die tschechischen Kreditgeber kein Interesse. Das Gesetz über den Abbau der Bundesangelegenheiten, das mit deren Organisationen vereinbart ist, will die Regierung eigenmächtig, durch bloße Verordnung abändern, seine Geltung bis Ende 1924 verlängern dürfen.

Da man zur Aufhebung des Parlaments durch Verfassungsänderung die Zweidrittelmehrheit brauchte und die Sozialdemokraten mehr als ein Drittel der Stimmen im Nationalrat haben, soll dieser Umsturz durch ein gewöhnliches Gesetz gemacht werden!

Auf Antrag der französischen Genossen erläßt die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien einen eindringlichen Aufruf an das Weltproletariat, der Verstaatlichung Deutschösterreichs entgegenzutreten.

Die Universität Wien.

Einen eindringlichen Appell zur Rettung der Universität Wien richtet der gewesene italienische Ministerpräsident Ritti im „Berl. Tageblatt“ an die geistig interessierten Menschen Amerikas. Ritti hebt als alter Universitätslehrer die einzigartige Bedeutung gerade der Wiener hohen Schule nicht nur für die Deutschen, sondern für die gesamte Kultur Mittel-, Ost- und Südosteuropas, ja selbst Vorderasiens hervor. Und diese ins tiefe Elend gestohlene Universität mit ihren hundertenden Lehrern haben die Sieger auch noch gezwungen, die Studenten aus den Nachfolgestaaten ebenso aufzunehmen wie die Deutschösterreicher!

Neuer Gebietsraub.

Die Grenzkommission in Odenburg hat, amtlichen ungarischen Berichten gemäß, drei dem Herrn Friedrich Habsburg gehörigen Meierhöfe und einen dem Grafen Lonyai gehörigen Hof Ungarn zugesprochen. Nach der Entscheidung des Völkerbundesrates gehören diese Delonomiegebiete unzweifelhaft zu Deutschösterreich. Die Entscheidung der Grenzkommission ist eine Illustration zu dem Genfer Protokoll, das die Unversehrbarkeit des Staatsgebietes verbürgt! Durch diese Grenzziehung werden mehrere Distrikte sowohl von der Kraftzentrale als auch vom Verkehrs-vollständig abgetrennt und östlich entwertet. Die Verwertung ihrer Wälder- und Milchproduktion für Deutschösterreich wird unmöglich werden. Friedrich Habsburg und der Graf Lonyai haben alle ihre internationalen aristokratischen Beziehungen ausgenutzt, die Grenzkommission zu beeinflussen. Die Frau Isabella Habsburg hat sich persönlich zu den Ententeherren demüht, um das durchzusehen. Und für dieses Gesicht haben Hunderttausende Oesterreicher Leib und Leben geopfert!

In Eger wollten am gestrigen Sonntag die Deutschnationalen für die Sonderstellung des Gaerlandes demonstrieren, das vor bald 600 Jahren vom Reich der Krone Böhmen „nur vorpfändet“ worden ist. Die Versammlung vor dem Schützenhaus wurde jedoch verboten und der Platz durch Gendarmerie besetzt. Eine tschechische Gegenversammlung konnte im Schützenhaus nicht tagen, weil nachts vorher Fenster und Türen entfernt worden waren. Die zugerufenen Tischen hörten auf dem Stadtplatz zwei Reden und fuhrten dann heim.

Seipel-Segurs Sanierungsprogramm.

Der sozialdemokratischen Opposition ist es gelungen, die beabsichtigte Geheimhaltung der Vorschläge der deutschösterreichischen Regierung an die Völkerbundesvertreter zu durchkreuzen. Das Programm mußte gleich nach seiner Uebersetzung veröffentlicht werden, und so erfährt man in Deutschösterreich — und bei uns! — wohin es führt, wenn man nicht rechtzeitig den sozialdemokratischen Vorschlägen zur Anpassung der Staatswirtschaft an die von Grund aus geänderten Verhältnisse eines unter Siegerdiktat stehenden Landes folgt!

Der Hauptinhalt der Seipel-Segurschen Vorschläge, die nachträglich als Vorwurf hingestellt werden, ist folgender: 2 Proz. Warenumsatzsteuer sollen bei jedem Verkauf einer Ware erhoben werden und 1200 Milliarden Kronen einbringen; die Verteuerungsfolgen male man sich selbst aus. Erhöhung der Zölle soll 900 Milliarden Kronen ergeben. Wie über die ganze Staatswirtschaft, so soll auch über den Zolltarif, dieses Grundprinzip der Wirtschaftspolitik, das Parlament in den nächsten zwei Jahren nichts zu bestimmen haben. Die Alkoholsteuern sollen überaus hoch werden; die Weinsteuer z. B. 4500 Kronen für den Liter betragen. Aber die Weinproduktionsabgabe, die die Weinbauern zu tragen hätten, ist nicht vorgesehen. Zucker soll mit etwa 2700 Kronen das Kilogramm besteuert werden. Der Tabak, der dem Staat heute 720 Milliarden einbringt, soll künftig 1750 Milliarden tragen! Aus dem Salzmonopol soll ein Reingewinn von 150 Milliarden Kronen, also 25 000 Kronen jährlich auf den Kopf der Bevölkerung kommen — wohl die antisozialistische Kopfsteuer, die sich überhaupt erinnern läßt. Die Steuer von allen Wohnungen soll ungefähr das Zweihundertfache der Vorkriegsmiete betragen. Da dieselben Christlichsozialen gleichzeitig auch den Abbau des Mieterschutzes betreiben, den Mietzins auf das Dreihundertfache des Friedensmietzins erhöhen möchten, um die Betriebs- und Reparaturkosten der Häuser zu decken, so müßte an Mietzins und Steuer zusammen die fünfzehnfachste Friedensmiete bezahlt werden. Nicht nur die entscheidendste Feuerung wäre die Folge; sie würde zugleich auch die Produktionskosten der Industrie dermaßen erhöhen, daß ihre Konkurrenzfähigkeit vernichtet, jeder Export unmöglich würde, die jetzt schon schnell wachsende Arbeitslosigkeit die furchtbarste Ausdehnung erlangen müßte.

Die Regierung verlangt vom Parlament die Vollmacht, Staatsbetriebe zu verschachern, ohne das Parlament fragen zu müssen, weiter die Vollmacht, zwei Jahre lang nicht nur alle Verwaltungsvorschriften, sondern selbst die Verordnungen über das gerichtliche Verfahren durch bloße Verordnung abändern zu dürfen. Sie will die verhasste republikanische Wehrmacht abbauen, indem sie „die Verbände einschränkt“. Sie will das Wasser- und Elektrizitätswirtschaftsamt aufheben; an dem Ausbau der Wasser-

Angelegenheiten behaltend, verstand es aber nicht, sich mit Frankreich zu stellen. Mit Briand ging es noch zur Not, mit Poincaré, den er persönlich nicht mochte, stand er auf dem gespanntesten Fuße. Es gelang ihm infolgedessen nicht, die französische Politik in seinem Sinne günstig zu beeinflussen. In Paris fühlte man sich von ihm gekränkt und verletzt und suchte schon aus Verärgerung alles zu hintertreiben, was von seiner Seite kam. So sah er nicht nur nichts durch, sondern sah sich schließlich immer wieder zu Rückzügen genötigt, von denen der in der türkischen Frage der am schmerzlichsten empfundene war. Sein ständiges Lavieren endete mit einem Schiffbruch.

Wie nun auch immer die Wahlen ausgehen — diese Politik wird nicht fortgesetzt werden, und es hat sich nun zu entscheiden, ob man die mehr oder weniger herzliche Entente aufrechterhält oder Europa Europa sein läßt. Beide Lösungen haben in allen Parteien Anhänger, und die Labour Party nimmt nur insofern eine besondere Stellung ein, als sie mit Nachdruck dafür eintritt, die europäischen Probleme dem Völkerbund zu überlassen. Nach welcher Seite schließlich die Entscheidung fällt, wird sich aus den Ereignissen ergeben, und Frankreich würde einen verhängnisvollen Irrtum begehen, wenn es sich nach der Befestigung Lloyd Georges unter allen Umständen der englischen Unterstützung bei seinen europäischen und kleinasiatischen Wünschen sicher glaubte.

In Deutschland werden wir uns jedenfalls mit dem Gedanken an diese neuen Möglichkeiten vertraut machen und gleichzeitig prüfen müssen, welche für uns die vorteilhafteste sein würde. Von vornherein steht fest, daß nichts verhängnisvoller wäre, als auf eines der beiden Pferde, das französische oder englische zu setzen. Ich hörte das Wort eines Mannes, der in der englischen auswärtigen Politik eine bedeutende Rolle spielt: „Es würde grausam sein, Deutschland zwischen England und Frankreich wählen zu lassen!“ Dieselbe Persönlichkeit vertrat mit vielen anderen die Meinung, es würde für uns bei weitem am besten sein, wenn England mit Frankreich in den bestmöglichen Beziehungen lebe, da es dann in der Lage sei, auf die Politik der Franzosen gegenüber Deutschland stärker einzuwirken als bisher. Dieser Erfolg, so wurde hinzugefügt, werde um so sicherer eintreten, je mehr auf der einen Seite Deutschland den ersten Willen zeige, seiner finanziellen Schwierigkeiten im Innern Herr zu werden, und je größere Fortschritte auf der andern Seite der Gedanke einer wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich mache. Großbritannien fürchte nicht, daß seine Interessen dabei zu Schaden kämen.

Ich verhehle nicht, daß mir auch die Auffassung begegnet ist, die vollständige Loslösung Englands vom Kontinent könne uns nützlich sein, da dann die Franzosen vielleicht, um Deutschland zu gewinnen, zu Zugeständnissen an uns bereit sein würden. Aber nach meiner Ansicht ist der erste Weg der bessere und verheißungsvollere und das Wenige, was wir nach Lage der Dinge tun können, sollten wir tun, daß er beschritten wird. Im übrigen sind wir leider zum Abwarten verurteilt, und die Wartzeit wird uns gerade in den nächsten Wochen, in denen England durch die Wahlkampagne und die Orientkonferenz an einer Beschäftigung mit Deutschland und dem Reparationsproblem gehindert ist, recht lang und quälend vorkommen.

v. Gräfe ausgeschlossen.

Aljuda ist schuld daran!

Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion hat Herrn von Gräfe-Golbebee nunmehr endgültig aus ihren Reihen ausgeschlossen. Das Streikobjekt bildet die „Völkische Arbeitsgemeinschaft“, zu der sich der rechte Flügel der Deutsch-nationalen zusammengeschlossen hat. Herr v. Gräfe hatte vor seinem Ausschluß zwar die Erklärung abgegeben, daß er die „Völkische Arbeitsgemeinschaft“ innerhalb der Partei ablehne, er hatte sich aber nicht zu der Erklärung verstehen

können, daß er sich auch dann der Betätigung für die „Völkische Arbeitsgemeinschaft“ enthalten werde, falls diese sich außerhalb der Deutsch-nationalen Partei konstituierte. Darauf hat die Fraktion den Ausschluß beschlossen. — Die Differenzen zwischen den Deutsch-nationalen und ihrem völkischen Flügel haben seit dem Rathenau-Mord akuten Charakter angenommen. Vor einigen Wochen wurde eine Erklärung der beiden deutschvölkischen Abgeordneten Wulle und v. Gräfe zum Falle des deutschvölkischen Abgeordneten Henning veröffentlicht, in der merkwürdigerweise ein Teil der Presse den Versuch einer Aussöhnung sah, obwohl die beiden Abgeordneten ausdrücklich die von ihnen verlangten Zugeständnisse ablehnten. An dieser Stelle wurde dieses Dokument als Anzeichen des nahen Bruches betrachtet.

Der Fall Gräfe dürfte das Vorbild zu einer Absonderung des gesamten deutschvölkischen Flügels von der Deutsch-nationalen Partei sein. Das wäre an sich eine ernsthafteste politische Angelegenheit, wenn es nicht Herrn v. Gräfe gelänge, durch Ausführungen in der „Deutschen Zeitung“ die Sache ins Komische zu ziehen. Er behauptet nämlich allen Ernstes, daß an dieser Spaltung allein die Juden schuld seien. Die Juden seien es gewesen, die schon vor dreißig Jahren die Spaltung zwischen Linker und der konservativen Partei herbeigeführt hätten. Jetzt liege der gleiche Fall vor:

Es ist Aljuda abermals gelungen, den Spaltbalken unerkannt von denjenigen, die von ihm infiziert worden sind, in die große zukunftsstarke nationale Entwicklung hineinzutragen, der „Trennungstisch“ ist verblendet wiederum gezogen worden durch diejenigen, die nicht wußten, was sie taten und nicht merkten, wenn sie taten!

Es ist wirklich entsetzlich! Da etabliert sich nun eine Partei ausdrücklich zu dem Zweck, den „jüdischen Einfluß“ ganz und gar aus dem öffentlichen Leben auszuschalten, und dann bringt es der jüdische Einfluß fertig, diese selbe jüdenreine und jüdengeegnerische Partei auseinanderzubringen! Man kann danach den Stoßseifer der Herrn v. Gräfe verstehen:

Wer ist Henning, wer ist Wulle, wer ist Gräfe, Englander, Frau v. v. Zieg, Wiegershaus o tutti quanti — Tröpfchen sind wir alle...

Diese nomenklische Aufzählung der deutschvölkischen „Tröpfchen“ stellt wohl bereits die Vorstandliste der neuen Partei dar.

Milderung des Lohnabzuges verschoben.

Der Steuerauschuß des Reichstages trat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen. Obwohl die von den Sozialdemokraten und den Deutsch-nationalen gestellten Anträge zur Einkommensteuer dem Ausschuß bereits zugegangen waren, standen sie heute nicht auf der Tagesordnung. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte deshalb, zunächst die Beratung dieser Anträge vorzunehmen und, falls das nicht möglich sein sollte, sie auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung zu setzen. Staatssekretär Japp vom Reichsfinanzministerium erklärte die Verringerung des Lohnabzuges bis zum 1. November für technisch unmöglich. Auch habe der Reichsrat gewilligt, daß er vorher befragt werde. Die bürgerlichen Parteien schlossen sich diesen Darlegungen des Staatssekretärs an und lehnten geschlossen den Antrag auf Verringerung der Einkommensteuer vor der Beratung des Reichstages ab. Das tat auch die Deutsch-nationalen, obwohl sie selbst einen eigenen Antrag zur Verringerung der Einkommensteuer eingebracht haben.

Der Ausschuß beschäftigte sich sodann mit dem deutsch-nationalen Antrag auf Aufhebung der Inkeratensteuer. Er mußte seine Verhandlungen aber vorzeitig abbrechen, da er nicht beschlußfähig war.

Deutsche Industrielle in Rußland. In Moskau sind Vertreter der deutschen, schwedischen und tschechoslowakischen Schwerindustrie, darunter Direktoren der Firmen Krupp, Rheinmetall, Linde-Hofmann und Vertreter der Firmen Lokomotivfabrik Henschel, Drenstein u. Koppel, auch Vertreter der Deutschen Bank eingetroffen.

Süßwarische Truppenansammlung an der Südgrenze wird gemeldet und mit Eroberungsabsichten auf Saloniki erklärt.

In ihrer Seele sah, verämbelte, die wunderbare Erde ging in tausend Bildern durch ihr kleines Herz, die Sonne, die Vögel, die Wolken, die Tiere und die Sterne. Ihr Herz war voll von Liebeslust der Welt. Und aus der Fülle ihres Herzens wollte sie mit dem winzigen Stift die Bilder der fabelhaften Umwelt, die sie stürmisch bedrängten, sie wollte Blumen, Sterne, Pferde, Dörfer und die Sonne malen sie wie einen großen phantastischen Vogel, der an den Wolken streifte und Gold zur Erde regnen ließ.

Seht, das alles zauderte der dünne Bleistift eines deutschen Kindes im Herzen der kleinen Korolewa hervor, als sie aus dem graufigen Hungerabgrund wieder emporkam und zu leben begann!

Eine neue Erfindung im Maschinenbau. Der Ingenieur Heinrich Schieferstein, bekannt durch seine Tätigkeit auf dem Gebiete der Funkentelegraphie, hielt Sonntag in der hiesigen Funkentelegraphen-Vereinigung, Berlin, einen Vortrag vor geladene Publikum, indem er Mitteilung von einer neuen Erfindung machte. Er glaubt, einen Weg gefunden zu haben, um die Gesetze, die in der Funkentelegraphie herrschen, auch auf die Welt der mechanischen Bewegungen anzuwenden zu können. Sein Thema lautete: „Die Erkenntnisse aus der Funkentelegraphie als Bahnbrecher für die Entwicklung der Maschinen- und Apparatechnik.“

Es handelt sich um nichts Geringeres als um die Ausmerzung der durch die Massenbeschleunigung bei hin- und hergehenden Maschinenteilen entstehenden ganz bedeutenden Energieverluste. Schieferstein will nun die zwangsläufig hin- und hergehende Bewegung der Maschinenteile (z. B. der Kolben, Pleuelstange usw.) in schwingende Bewegung umwandeln. Das Anwendungsgebiet der Erfindung ist in seinem ganzen Umfange noch nicht zu übersehen. Zunächst wurde der neue Gedanke auf alle Arten von Schloß- und Stampfwerkzeugen, Nähmaschinen, Sägemaschinen und Webstühlen angewandt. In der Elektrotechnik bedeutet das neue Prinzip die Erfindung des oszillierenden Motors, der u. a. das Gebiet der elektrisch betriebenen Ventilatoren und Erbauwerke auf eine neue Grundlage stellt. In der Uhrentechnik ermöglicht die Schiefersteinsche Erfindung die Herstellung einer anerklofen, geräuschlos gehenden Uhr. Auch in der Massenfabrikation anerklofte Uhren sollen durch sie chronometrische Genauigkeit des Ganges erreichen.

Eine aus deutschen und amerikanischen Mitgliedern bestehende Studiengesellschaft will die Erfindungen Schiefersteins in die Praxis umsetzen.

Die Trostweite der Erfindung läßt sich vorberhand noch nicht überblicken. In Fachkreisen ist man jedenfalls nicht so vorzeitig wie die Monographische des „Vol.-Anz.“, die bereits in sensationeller Weise dafür Reklame macht.

Die Entlassung. Emil Ludwigs von deutschen Gerichten zum Schutze der Hohenzollern verbotenen Bismarck-Drama, wurde Sonntagabend im Vesting-Museum von Alexander Runge zur Vorlesung gebracht. Uns ist das Stück dort nicht näher gekommen. Es dürfte kaum mäßig sein, primitiver und unmoderner ein Drama dem Hörer vorzuführen. Zum guten Teil mag das auch am Stoff liegen. Wer Bismarcks Erinnerungen gelesen, wer jetzt

Gesundheitszeugnisse vor der Ehe.

In einer Denkschrift, die bereits im Sommer dem Landtag überreicht wurde, hat das Preussische Wohlfahrtsministerium sich eingehend mit der von vielen Kassenhygienikern erhobenen Forderung des Austausches von Gesundheitszeugnissen vor der Ehe beschäftigt und ihre Einigung in die Gesetzgebung warm befürwortet.

Die Einbuße von Millionen kräftiger Männer durch die fürchterlichen Blüttpfer des Krieges, der katastrophale Niedergang der Volksgesundheit infolge jahrelanger Unterernährung bei gleichzeitiger mörderischer Heberarbeit, die Zunahme von Tuberkulose, Alkoholismus und Geschlechtskrankheiten im Gefolge des Krieges, nötigen uns, dem Staate die Anwendung aller Mittel zu veranlassen, die einer weiteren Degeneration entgegenzuwirken vermögen. Auch der Zwang zum Austausch von Gesundheitszeugnissen vor der Eheschließung vermag hier Ersprießliches zu leisten. Der unmittelbare Wert solcher Gesundheitszeugnisse liegt darin, daß eine nicht unerhebliche Zahl von gesundheitlich minderwertiger von der Fortpflanzung zurückgedrängt wird. Mittelfür ist eine erziehlige Einwirkung zu erwarten durch die mit dem größten Nachdruck zu fordernde und zu fördernde Auffklärung der Bevölkerung über die Gebote der persönlichen und der Rassenhygiene. Bedung und Stärkung des sozialen Verantwortungsbewußtseins wäre wohl der Hauptzweck solcher Ehezeugnisse. Die direkte Übertragung von Krankheiten in die Ehe oder die Vererbung krankhafter Anlagen bringen nicht nur unfähigsten Unglück über die Eheleute und Kinder und Kindeskinde, sondern auch die Allgemeinheit wird dadurch getroffen, insofern als sie die Kosten für die schlechten Rassenmerkmale in Gestalt von Unterstützungen, Unterhaltung von Asylen und Heilanstalten zu tragen hat. Wenn also Untätigkeit beamtete ärztliche Eheberater herufen würden, um auf Grund gewissenhafter Untersuchung allen Eheuligen zu bescheinigen, daß Bedenken gegen die Eheschließung nicht bestehen, oder daß sie zurzeit aus gesundheitlichen Gründen ausgeschlossen oder ganz widerraten werden muß; wenn Schule, Presse und Ärzteschaft Hand in Hand arbeiten, um Aufklärung über die Bedeutung der Gesundheit für die Ehe in die breitesten Massen zu tragen, dann würde rechtzeitige Warnung und Beilehrung viel schweres Unheil verhüten können, das heute zahllose hoffnungsvolle Paare ahnungslos oder leichtsinnig über sich und nicht selten auch über die kommende Generation heraufbeschwören.

Der bevölkerungspolitische Ausschuß des Landtags beschäftigte sich im Juni und im Oktober mit der Frage der Einführung von Gesundheitszeugnissen vor der Ehe. Die Rechtsparteien als die geborenen Feinde jedes Fortschritts verhielten sich dem Problem gegenüber ablehnend. Sie schätzten Bedenken dagegen vor, daß Preußen in einer so wichtigen Sache selbständig vorgehe, die doch eigentlich Aufgabe des Reiches sei; sie gaben aber auch der Befürchtung Ausdruck, daß die Unmoral noch größer werden würde, weil uneheliche Verhältnisse und uneheliche Geburten zunehmen würden. Ein Verschleppungsantrag der Rechten wurde abgelehnt. Das Zentrum stimmte der von der Sozialdemokratie vertretenen Auffassung zu, daß Preußen nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht habe, selbständig gesetzgeberisch vorzugehen und dadurch einen Druck auf das Reich auszuüben. Aus den Anregungen der sehr interessanten Aussprache ergaben sich dann folgende Anträge, die gegen die Stimmen der Rechten angenommen wurden:

1. Das Staatsministerium wird ersucht, dem Landtage möglichst bald eine Gesetzesvorlage zu legen, durch die vor Eingehung einer Ehe der Austausch von Gesundheitszeugnissen vorgeschrieben wird mit der Maßgabe, daß daraus nicht die Folgerung eines Eheverbots gezogen wird; 2. an allen Universitäten öffentliche Vorlesungen über Vererbungsllehre vornehmlich für die angehenden Ärzte halten zu lassen; 3. in den Schulen und Fortbildungsschulen in einer dem Verständnis der Jugend angepaßten Form Belehrung über die gesundheitlichen Grundlagen der Ehe erteilen zu lassen.

Wir überschätzen den Wert solcher gesetzlichen Verordnungen in einer auf den krassesten Eigennutz eingestellten Gesellschaft nicht. Aber auch dieser Anfang ist zu begrüßen.

Der Bleistift der Sonja Korolewa.

Von Max Barthel.

Die kleine Sonja wurde in einem Dorf bei Kasan aufgewachsen und mit vielen anderen zerlumpten hungrigen Kindern nach Moskau transportiert und in einem Kinderheim abgeholt. Das Heim war schon lange überfüllt, aber wer am Rande des Hungerlodes viele Wochen gestammelt ist, wer von Gras, Wurzeln, Baumrinde und Abfall monatelang gelebt hat, der ist so klein geworden, so winzig, so geistlos, daß er immer noch ein Pflänzlein findet für den schmerzhaften Leib.

In den ersten Monaten starben in diesem Heim die Kinder wie Fliegen im Herbst. Sie fielen hin, sie saßen nicht, sie schwebten hin nach anderen Ländern, die sie in den Hungerbetrieben gesehen hatten, nach Kanaan flogen sie, wo sie Brot essen und Milch trinken konnten, soviel sie nur wollten, wo sie sich nicht mit wilden Hunden um den Abfall raufen mußten. Himmlich ist es dort und ohne Hunger.

Sonja blieb leben. Die geschwollenen Glieder wurden wieder kindlich, die starren Augen beläutigten sich. Nur manchmal zuckten sie wild und mit großem Mißtrauen, wenn das Essen ausgegeben wurde. Sie hatten den erbarmungslosen Krieg um den Bissen Brot gesehen, die Schreckensszenen: um eine trockene Rinde erlitten, hier im Heim aber lächelten die Frauen, wenn sie Brot und Suppe verteilten.

Nun blühte das Mädchen wieder auf, lächelte auch, zwischerte und öffnete ihr Herz wieder der Welt. Wie wunderbar war doch die Erde! Die Sonne lag wie ein goldener Vogel durch den blauen Himmel. Wenn sie mit den Flügeln an den Wolken streifte, zerbrach das Gold und rieselte in seinem Staub auf die Erde. Die Blumen waren erst grüne Knäpchen, aber sie brachen auf, erödeten über die Schönheit der Welt, verlebten sich in die Sonne, in die Wolken, wurden süß und bunt und spielten mit den Schmetterlingen und singenden Vögeln.

Das alles sah die kleine Korolewa mit verwunderten Augen. Sie war auch eine verborte Blume gewesen. Nun wurde sie grün und bunt und blühte.

Eines Tages kam in dieses Moskauer Heim mit einer Sendung Kleider und Spielsachen aus dem proletarischen Westen eine Anzahl Bleistifte, die von deutschen Kindern gesammelt waren. Auch das Mädchen Korolewa bekam einen Bleistift. Was gab es doch alles auf der Welt! Da ist ein Stückchen Holz, nimm es in die Hand, nimm Papier dazu und du kannst die Welt machen! Vögel kannst du machen, Wolken, Blumen, Menschen, Räder, Pferde, Dörfer, Häuser, Bäume — alles, was du willst und denken kannst!

Früher hatte sie mit den dünnen Fingern an den Fenstern des Heimes manche Bilder gemalt oder mit Kohle ein Dorf an die Wand der Stube, aber das verging, wurde verwischt und war nur für Stunden. Aber nun blieben die Bilder! Die letzte Angst, die noch

aus den Memoiren des kaiserlichen Komödianten wieder versucht, vergangene Zeiten sich vor Augen zu halten, der empfindet, daß die Geschichte fast immer größer ist als ihre Nachgestaltung. In Bismarcks Abgang liegt zweifellos etwas Tragisches, das nur durch wirkliche Künstlerhand zu neuem Leben erweckt werden könnte. Aber diese Künstlerhand mühte den alten Kisten tonnenweit neu schaffen können. Ludwig gibt nichts Neues. Er trägt Memoiren und Briefstellen zusammen und gibt aus ihnen eine Photographie. E. R.

Das Kammergericht hat das juristisch wie kulturell unhaltbare Urteil des Landgerichts am Sonnabend aufgehoben und Buch und Aufführung freigegeben. Damit ist die Möglichkeit geboten, Ludwig Drama auf der Bühne zu erproben. Vor allem aber ist das Recht des Künstlers und der Daffentlichkeit, Personen aus der Zeitgeschichte zu dramatisieren, wiederhergestellt.

Ein Staubregen über dem Ozean. Im Mai dieses Jahres hat ein merkwürdiger Staubregen über dem Atlantischen Ozean stattgefunden, mit dem sich die „Monthly Weather Review“ in einer eingehenden Abhandlung beschäftigt. Die mit Staub geschwängerte Wolke war riesengroß und dehnte sich bis zum Golf von Mexiko aus; sie war nach den Untersuchungen aus Staubmassen zusammengesetzt, die von einer der afrikanischen Wüsten herkommten. Im vergangenen Jahr hatte ein ähnlicher Staubniedergang über dem Gelben Meer stattgefunden, und zwar als Folgeerscheinung eines Jökulons, der sich über der Ronagelischen Wüste abspielte. Der Staubregen dieses Jahres war so heftig, daß er die Schifffahrt behinderte, indem er die Sichtweite einschränkte. Die Staubmengen, die auf diese Weise von einem Gebiet nach einem anderen transportiert werden können, sind manchmal beträchtlich. Man nimmt an, daß seit drei Jahrtausenden solche Staubwolken über Europa eine Staubmenge von mehr als 12 Zentimeter Dicke geweht haben. Dieser Staub der Sahara lagert sich naturgemäß viel mehr über Südeuropa als über Nordeuropa ab. Der Staub der Sahara ist durch solche Wolken bis nach Wien, ja sogar fast bis nach Amerika getragen worden.

Ein literarisches Arbeiterlaberett soll im November in einem der größten Establishments des Herbstes für die breiten Massen des Volkes eröffnet werden. Das Unternehmen, das den Namen „Karte Kaktus“ führen soll, ist durch die Mitarbeit bekannter Bühnenkünstler und Literaten gesichert. Als Conferenciers sind verpflichtet Franz Stenke, Ignaz Wrobel und Theodor Tiger. — Als Gegengewicht gegen die durch aus antirepublikanisches Laberett wäre ein auf die politischen Gefühle der Masse eingestelltes Laberett sehr begrüßenswert.

Die Schwanther Festspiele sollen im Sommer 1934, also nach zehnjähriger Pause, wieder stattfinden. Zur Aufführung sind bestimmt „Carlotta“, „Der Ring“ und „Die Meistersinger“. Die ersten Vorproben haben bereits begonnen.

Deutsche Musik in Kopenhagen. Das Dänische Orchester gab im Kopenhagener Konzertpavillon unter Leitung von Dag Schilling ein mit härmlichem Beifall aufgenommenes Konzert. — Der Richard Wagner-Abend in Kopenhagen eröffnete seine Winteraktion mit zwei Wagner-Abenden, an denen Kapellmeister Rödel erläuterte Vorgänge über „Ringgold“ und die „Walküre“ hielt.

Die Rechtsbeugung für Smeets.

Der Landtag berät heute die Große Anfrage sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Kommunisten über das Verbot der Strafverfolgung gegen Smeets durch die Interalliierte Rheinlandkommission und die Rechtsunsicherheit im besetzten Gebiet.

Nachdem Abg. Dr. Heilmann-König die Anfrage begründet und unter Protest gegen die Rechtsbeugung die unverbrüchliche Reichstreue der Rheinländer aufs neue verurteilt hat, antwortete

Ministerpräsident Braun:

Der Fall Smeets wirft ein besonders großes Schlaglicht auf die Zustände im besetzten Gebiet. Wir haben es mit einem Eingriff in die Zuständigkeit des Staats zu tun, der über alles hinausgeht, was bisher am Rhein erlebt und erfahren haben. Eine der wichtigsten Hoheitsrechte des Staates, nämlich die Vollstreckung eines Urteils, wird angegriffen. Wie soll sich unter diesen Umständen ein Staat verhalten, wie soll er den höchsten Reichsbeamten vor Verurteilungen sichern können?

In der Begründung für ihren Angriff erklärt die Rheinlandkommission, die deutschen Richter hätten sich nicht so sehr um der Sorge um die Gerechtigkeit, als vielmehr von politischen Gründen leiten lassen. Kann man einen so schweren Vorwurf gegen die deutschen Richter erheben? Was aber die Sache noch schlimmer macht, ist die Tatsache, daß die Kommission diesen ihren schweren Vorwurf nicht einmal begründet. Mit Recht haben daher die deutschen Beamten des besetzten Gebietes Protest erhoben gegen diese Verletzung der deutschen Rechtspflege. Ich habe nicht die Absicht, mich hier lange mit der Person des Herrn Smeets zu beschäftigen. Er ist der Verachtung der rheinischen Bevölkerung verfallen. Die Staatsregierung hat sofort alle nötigen Schritte getan, um diesen Verstoß zurückzuweisen. Die Reichsregierung hat so schnell wie möglich ihren Gesandten in Paris, Brüssel und London die Befehle gegeben, gegen den Eingriff zu protestieren; die Anweisung betont, daß die Begründung der interalliierten Kommission den deutschen Richtern politische Motive unterstelle. Diese Unterstellung wird zurückgewiesen.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Die Ernte in Bayern.

Die in Bayern vorgenommene Erntevorprüfung für Hackfrüchte hat nach der M. ergeben, daß die Kartoffelernte 46,8 Millionen Doppelzentner beträgt und damit 20,8 Millionen Doppelzentner mehr als im Vorjahre. An Zuckerrüben wurden geerntet 3,4 Millionen Doppelzentner, das ist 1,3 Millionen Doppelzentner mehr als 1921. Die Ernte an Runkelrüben beträgt 41,3 Millionen Doppelzentner und damit um 15,4 Millionen Doppelzentner mehr als im Vorjahre.

Trotz der reichen Kartoffelernte, die sich nicht nur auf Bayern beschränkt, sind in den Großstädten und Industriebezirken Kartoffeln nur in sehr spärlichem Ausmaß zu haben. Sie werden von vielen Landwirten in übergroßen Mengen eingemietet und damit die Wintererzeugung der Bevölkerung ernstlich gefährdet.

Der ostoberschlesische Sejm.

Breslau, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Im ostoberschlesischen Sejm haben sich die deutschen Parteien zu einer einheitlichen Fraktion zusammengeschlossen, die in Nationalitätenfragen Fraktionszwang beschloß. Daraus haben die sich einander sehr feindselig gestimmten polnischen Parteien einander genähert, so daß der bisherige Bojwode Rymer anscheinend sein Amt mit wechselnden polnischen Mehrheiten weiter führen kann, da in nationalen Fragen die polnischen Sozialisten und nationalen Arbeiterparteien mit der polnischen Mehrheit stimmen, während sich in sozialen Fragen durch Zersplitterung andere Kompromissmehrheiten aus den polnischen Parteien ergeben. Die auf diese Weise hergestellte polnische Einheitsfront hat allerdings Korfanty, der damit die Führung im ostoberschlesischen Sejm zu haben glaubte, wieder so übermäßig gemacht, daß jetzt auch die polnischen Sozialisten und nationalen Arbeiterparteien ihm öffentlich bedeuten, ihre Gefolgschaft könne auch in nationalen Fragen eine gewisse Grenze haben. Korfanty ist zwar mit Erfolg für ein geschäftsordnungsähnliches Ausnahmeverfahren gegen die deutschen Abgeordneten eingetreten, hat aber bei Angriffen gegen die angeblich zu deutschfreundlichen Nationalitätenpolitik der Warschauer Regierung die Unterstützung der polnischen Antiparteien nicht mehr gefunden.

Tendenzumschwung an der Börse.

Dollarkurs zurückgegangen.

Während heute vormittag im Verkehr zwischen den Banken der Dollar noch mit 4500 gehandelt wurde, trat an der Börse plötzlich ein Rückschlag ein, der den Kurs bis auf 4025 drückte. Die Ursache ist in den Meldungen über das Zustandekommen einer Einigung über das Ausgleichsverfahren und in verschiedenen Gerüchten über eine beabsichtigte Erleichterung der Devisenverordnung zu suchen. Ueber letzteren Punkt kursieren allerdings ebenfalls Gerüchte, die auf eine Verschärfung hindeuten. Es herrscht vollkommene Unsicherheit.

An der Effektenbörse haben die heftigen Schwankungen der Devisen eine große Unsicherheit ausgeübt. Die Spekulation tritt bereits den Rückzug an und bringt ihre Gewinne in Sicherheit. Bei den Banken herrscht heute vormittag ein starker Andrang des Publikums, das Verkaufsaufträge aufgibt, um jedenfalls bei den hohen Kursen Gewinne zu realisieren. Am Wertpapiermarkt herrscht heute auf der ganzen Linie das Angebot vor. Besonders stark waren die Abschwächungen bei den Salutapapieren und Kolonialwaren.

Devisenkurse.

	23. Oktober		21. Oktober	
	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	1600	1608	1725 67	1731 88
1 argentinischer Papier-Peso	1476 80	1483 70	1598	1604
1 belgischer Franc	278 80	280 25	292 24	293 76
1 norwegische Krone	727 17	730 88	781 04	784 08
1 dänische Krone	817 95	822 05	879 78	881 21
1 schwedische Krone	1087 27	1092 78	1177 05	1182 95
1 finnische Mark	94 50	95	104 78	105 27
1 japanischer Yen	1935 15	1944 85	2144 62	2155 88
1 italienische Lire	187 08	187 92	187 08	187 07
1 Pfund Sterling	18204 87	18290 68	19700 60	19799 40
1 Dollar	4074 78	4093 23	4418 92	4441 08
1 französischer Franc	216 75	218 25	329 17	330 88
1 brasilianischer Milreis	448 88	448 62	491 20	495 74
1 Schweizer Franc	740 84	744 86	803 98	808 02
1 spanischer Pesta	615 95	619 06	678 80	681 70
100 österr. Kronen (abgef.)	—	—	5 83	5 87
1 tschechische Krone	—	—	143 14	143 80
1 ungarische Krone	183 16	183 84	1 71	1 78
1 bulgarischer Lewa	—	—	20 82	20 85

Das Ende der Schwimmhallen.

Die Aussichten für den kommenden Winter werden von Tag zu Tag trüber. So beschäftigte sich der Berliner Magistrat erneut mit Einschränkungen der städtischen Verwaltung. Es wurde beschlossen, die städtischen Schwimmhallen während der Wintermonate vom 1. November bis 1. Mai nicht zu heizen. Es ist nicht möglich, die großen Kohlenausgaben durch eine entsprechende Erhöhung der Benutzungsgebühren auszugleichen. Die Einschränkung während der Wintermonate bedeutet bei Einschränkung auch der heutigen Kohlenpreise eine Ersparnis von 6 bis 7 Millionen Mark. Auch an den Kohlenferien im kommenden Winter beschloß der Magistrat festzuhalten. So gerechtfertigt die dagegen erhobenen Bedenken sind, so hält der Magistrat doch diese verlängerten Weihnachtsferien für das geringere Übel. Sie bringen ebenfalls nach festigem Kohlenpreis eine Ersparnis von etwa 60 Millionen Mark. Endlich wurde der Abbruch der Bauarbeiten für das neue Krematorium in der Diebstalmeyerstraße beschlossen. Seine Vollendung für welche der Haushalt 10 Millionen vorjah, würde nach dem heutigen Preise eine Mehrausgabe von noch 90 Millionen Mark erfordern. Die vorhandenen Krematorien genügen auch einem steigenden Bedürfnis.

Das Traurigste würde zweifellos die Schließung der städtischen Schwimmhallen sein, denn das würde der Körper- und Lebenspflege sowohl wie dem Schwimmsport und der allgemeinen Hygiene einen empfindlichen Schlag versetzen. So scheinen sich tatsächlich alle möglichen Dinge anzufammeln, um der Berliner Bevölkerung den Winter 1922/23 zu einem recht schweren werden zu lassen.

Dollar und Brotpreis.

Gewaltige Preiserhöhungen in Sicht.

Am heutigen Vormittag hatten sich die Preise für Inlandgetreide bereits auf Weltmarktpreis eingestellt, so daß gute Ware nicht unter 28000 M. pro Tonne zu haben war. Der Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins hat heute mit sofortiger Wirkung die Preise für marktfreies Gebäck folgendermaßen festgesetzt:

- Marktfreies Brot 200 M.
- Schrippe 8 M.
- Hörnchen, Schnecken usw. 10 M.

Diese Preise sind jedoch nur als Zwischenpreise zu betrachten und in der kommenden Woche dürfen neue sehr erhebliche Erhöhungen folgen. So wird vom 30. Oktober ab das Marktbrot um mehr als 100 Proz. erhöht. Dementsprechend dürften auch dann die Preise für das marktfreie Gebäck eingestellt werden.

Er wollte erschlagen sein.

Ein nächtliches Abenteuer auf dem Tempelhofer Feld.

Welch außerordentlich große Rolle der Zufall mitunter im menschlichen Leben spielt, zeigte eine Verhandlung, die die Strafkammer des Landgerichts II beschloß. Angeklagt war ein bisher mehrfach vorbestrafter Arbeiter R. Der Angeklagte war gelegentlich einer Razzia der Berliner Kriminalpolizei in einer Kasse am Schlesischen Bahnhof festgenommen worden, da er sich dadurch verdächtig machte, daß er sämtliche anwesenden Kasseninhaber zu einer sogenannten „Stubenlage“ einlud. In seinem Besitz fand man eine äußerst wertvolle goldene Uhr und eine Brieftasche mit mehreren Tausendmarkstücken.

Die Folge war eine Anklage wegen Diebstahls im Rückfalle, da der Sachverhalt darauf hinwies, daß der Angeklagte einer unbekannt gekleideten Person Uhr und Brieftasche gestohlen hatte. In der Verhandlung erzählte der Angeklagte eine höchst merkwürdige Geschichte. Er sei eines Tages nach Brigg gekommen, um dort Arbeit zu suchen. Bei dem Rückweg über das Tempelhofer Feld sei er von einem elegant gekleideten Herrn angesprochen worden, der ihn gefragt habe, ob er sich ein paar Tausend Mark verdienen wolle. Er, der Angeklagte, habe zugestimmt und nun habe ihm der unbekannt Elegante folgendes erzählt: Er habe sich im Felde ein unbebautes Ackerstück zugezogen und fürchte gesteuert zu werden. Er sei deshalb des Lebens überdrüssig, habe aber nicht den Mut, sich selbst das Leben zu nehmen, schon um zu verhindern, daß seine Kinder mit dem Acker belastet würden, daß ihr Vater ein Selbstmörder sei. Er bitte deshalb ihn, den Angeklagten, von hinten ihm mit einem großen Feldstein den Kopf zu zerschmettern. Als Äquivalent hierfür sollte er seine gefüllte Brieftasche und die goldene Uhr erhalten. Diese Erzählung des Angeklagten rief naturgemäß allgemeines Kopfschütteln hervor. Der Angeklagte erzählte dann weiter, daß jener Unbekannte inbrünstig ein Gebet gesprochen und dann den tödlichen Schlag erwartet habe. Ihm, dem Angeklagten, sei aber der Mut entgangen, er habe Brieftasche und Uhr, die der Unbekannte neben sich gelegt habe, ergriffen und sei damit davonlaufen. Diese phantastische Geschichte fand keinerlei Glauben. Zufällig öffnete einer der Besucher der Strafkammer die Brieftasche und entdeckte in dem Futter eine Billionennotze, die den Namen eines Fabrikbesizers Dr. R. in der Kamfstraße trug. Das Gericht ließ sich zur weiteren Aufklärung den Dr. R. durch das zuständige Polizeirevier laden und setzte die Verhandlung auf zwei Stunden aus. Nach dieser Zeit erschien der Junge Dr. R. und bezeugte, daß die phantastische Geschichte, die der Angeklagte vorgetragen hatte, Wort für Wort wahr sei. Der Vorfall wies in erregten Worten darauf hin, daß durch derartige Handlungen sehr leicht ein Justizmord entstanden wäre. Wenn nämlich sich der Angeklagte zu jener Tat verstanden hätte, so wäre lediglich eine Anklage wegen Betruges gegen den § 216 StGB. (Tötung auf ausdrückliches und ernstliches Verlangen des Getöteten) möglich gewesen. Tatsächlich wäre jedoch bei dem vorliegenden Sachverhalt ohne weiteres eine Anklage wegen Raubmordes erfolgt, da niemand dem Angeklagten geglaubt hätte, daß sich der Sachverhalt so abgepielt habe, wie jetzt der Junge Dr. R. bezeugt hat. Das Gericht kam zu einer sehr milden Auffassung und verurteilte den Angeklagten, obwohl er mehrfach vorbestraft ist, nur zu drei Monaten Gefängnis, die durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt angesehen wurden.

Müllabfuhr und Verwaltungskosten.

In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich der Magistrat mit der Neuverteilung des Hundesteuer für die Müllabfuhr und einer Neuregelung der Verwaltungskosten in Geschäfts- und Industriebezirken. Der Wohnungsausschuß kam in seiner letzten Sitzung, wie mitgeteilt, zu der Ansicht, daß zur Wiederaufnahme der Müllabfuhr eine Erhöhung des Hundesteuer auf monatlich 200 Proz. der Grundmiete unerlässlich notwendig sei. Von der Erhöhung ausgehend, daß für den Monat Oktober nach den gesetzlichen Bestimmungen eine Erhöhung der einmal festgesetzten 50 Proz. nicht mehr vorgenommen werden kann, beschloß der Magistrat in seiner gestrigen Sitzung mit Wirkung vom 1. November ab den Hundesteuer auf 400 Proz. zu erhöhen, indem er ausdrücklich dabei berücksichtigte, daß nach zuverlässigen Mitteilungen vom 1. November ab eine wesentliche Erhöhung der Frachtkosten bei der Eisenbahn in Kraft tritt. — Was die Verwaltungskosten und die Kosten für die technischen Hausangestellten in Geschäfts- und Industriebezirken betrifft, beschloß der Magistrat auf dringende Vorstellungen des Demobilisierungskommissars hin, hier eine Trennung vorzunehmen und die Verwaltungskosten auf 40 Proz. der Grundmiete zu bemessen, die Löhne für die technischen Hausangestellten

dagegen auf die gewerblichen Mieter umzuliegen, bis zur Höhe, wie sie vom Demobilisierungskommissar jeweils für verbindlich erklärt werde. — Die neuen Beschlüsse müssen dem Oberpräsidenten eingereicht werden, der binnen 14 Tagen ein Einpruchsrecht hat.

Zwei Millionen Diebstahl an Amerikanern.

Für 80 Millionen Mark Beute an Gemälden machten Einbrecher in einem hiesigen großen Hotel. Hier wohnte ein Amerikaner, der nach Deutschland gekommen ist, um für sein Geschäft Antiquitäten und Bilder einzukaufen. Er erwarb auch nach und nach für viele Millionen Mark und sammelte alles in seinem Hotel. Hier drangen nun in seiner Abwesenheit auf noch nicht geklärt Weise Einbrecher ein und stahlen unbemerkt 12 Gemälde, deren Wert etwa 36 Millionen beträgt. Es sind alles Bilder aus der Schule Rembrandt, aus dem 17. Jahrhundert. — In einem anderen großen Hotel wurde ebenfalls ein Amerikaner, der Kapitän Allen von Banhaus, um 8 Millionen im Wert von zwei Millionen Mark gestohlen.

Eine Trauerfeier fand gestern in der Halle des Stadthauses für den bei den Zusammenstößen am Zirkus Busch ums Leben gekommenen Arbeiter Otto Pioske statt. Die Feier war von Kommunisten veranstaltet. Nach Beendigung des Traueraktes bewogte sich der Zug unter Borantritt einer Musikkapelle nach dem Friedhof in Friedrichsfelde, wo die Beisetzung Pioskes erfolgte. Die Veranstaltung hat einen ruhigen und würdigen Verlauf genommen.

Ueberfallen, belästigt und beraubt wurde in der Nacht zum Sonntag auf dem Heimweg in der Blumenhofstraße ein rumänischer Kaufmann. Die Räuber erbeuteten 500 000 M. bares Geld und drei Scheidbächer.

Zur Ueberwachung der Verabschiedung sollen 8 Revisoren angestellt werden, die zumeist an Ort und Stelle den Groß- und Zwischenhandel kontrollieren sollen. Sie sollen die Bücher einsehen, die Bilanzen prüfen, die Preisbildungen einer eingehenden Kontrolle unterziehen und etwaige Unrichtigkeiten und Verschleierungen aufdecken. Der Magistrat hat diese 8 neuen Stellen schon ausgeschrieben.

Genosse Pfarzer Meier (nicht heute abend 7 1/2 Uhr in der Schule Sachsendorfstraße über das Thema: „Was ist Religion?“)

Schwerer Eisenbahnunfall.

Der gestrige Sonntag hat einen außerordentlich schwer verlaufenen Eisenbahnunfall gebracht. Die rumänischen Krönungsfeierlichkeiten hatte eine gewaltige Menge von Besuchern nach der Hauptstadt Bukarest geführt. Um sie abzutransportieren, wurden kurz hintereinander drei Schnellzüge ohne genügende Sicherung abgefahren. An der Station Dorobanda in Rumänisch-Liebenburgern ließ ein nachfolgender Zug auf einen vorausfahrenden, wobei 30 Personen getötet und 50 schwer verletzt wurden.

Flucht aus dem Hamburger Justizhaus. Am Sonnabend brachen aus dem Hamburger Justizhaus acht Schwerverbrecher aus. Vier von ihnen entkamen, die anderen, von denen einer durch einen Schuß leicht verletzt wurde, konnten wieder festgenommen werden. Es war den Befehlungen entgegen, die Werkzeuge zu verlassen und sich in den Besitz von Kleidungsstücken, Mützen und Revolvern aus einem Bekleidungsstimmer zu setzen. Sie überbrumpelten und entwispierten den Polizeibeamten, worauf sie über die Gefängnismauer das Freie ergriffen. Auf die Wiederergriffung der Entwichenen ist eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Schweres Brandunglück in New York. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus New York sind gestern bei einem Brande in einem Hause an der Ecke der Lexington Avenue und der 110. Straße 14 Personen umgelommen und 20 verletzt worden.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Teilweise bewölkt, aber sehr mild und überwiegend bewölkt, mit geringen Niederschlägen und ziemlich kaltem, zähen Nordwind und Nordostschneefenden Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Junger Sozialist, Verleumdung. Heute 1/2 Uhr im Lokal von Despaß, Wilhelmstraße 133, während einer Sitzung.

Sport.

Großer Preis von Berlin.

In Mariendorf nahm der Große Preis von Berlin, bei dem es 150 000 M. zu gewinnen gibt, seinen sportlich einwandfreien Verlauf. Der Favorit Erdmann mußte sehr viele Julagen gutmachen, dabei verlor er in der Hitze des Gefechts wiederholt aufs Galoppieren. Als er zum Schluß überholen wollte, suchte der Fahrer Clematis blau mit der Beifahrer, daß Erdmann zum Galopp aufsprang. Clematis blau legte mit einmahl Längen, und der Fahrer wurde mit einem Tag Lizenzentziehung wegen seines ungebührlichen Gebrauchs der Beifahrer bestraft.

1. Rennen. 1. Speller (Kaufer jr.), 2. Juno (G. Zuber), 3. Daffnung II (A. Witz), 4. Loto: 18:10, 11:18, 16:28:10, Ferner liefen: Font-esna (4.), Falat, Lumpy, Simon I, Vera I, Maria III, Polkiss, Reub VIII, Roornicht, Rosmarie I d.
2. Rennen. 1. Clara I (Pöhrle), 2. Circus (H. Brandt), 3. Dastensfeld (H. Admanning), 4. Loto: 25:10, 11:29, 16:14:10, Ferner liefen: Diermes (4.), Najasi, Ercowin, Eclair, Franjo I, Oshubert, Todinnabar.
3. Rennen. 1. Anagonia (Hoffner jr.), 2. Heffies jr. (H. Lemmer), 3. Penzian (Weiß), 4. Loto: 41:10, 11:12, 11:18:10, Ferner liefen: Blertliner (4.), Heiderer, Gawein, Salonsänigin, Rastkalken.
4. Rennen. 1. Clematis blau (Grube), 2. Erdmann (H. Ringler), 3. Aisack (Waldenfeld), 4. Loto: 31:10, 11:13, 12:45:10, Ferner liefen: Schlops (4.), Rudmil I, Winckel I, Durachbruch, Blott, Mac Gregor, Jettig, Kufertrop.
5. Rennen. 1. Reichsinn (G. Bauk), 2. Loobers (Weidmüller), 3. Alban n (H. Reuand), 4. Loto: 19:10, 11:15, 20:10, Ferner liefen: Babaria 2. (4.), Eder, Wilhelmine, Cufshabel, Odina, Josef, III, Glädelndel, Erbebert, Arifol I, Gerusa.
6. Rennen. 1. Gudrun II (Schäpdel), 2. Hanns Dale (H. Witz), 3. Albatos (H. Ringler), 4. Loto: 37:10, 11:18, 22:70:10, Ferner liefen: Alkoston (4.), Wankel, Orane (disqu.), Präbau, Geiderle 2., Dosh (disqu.), Glädelndel, Wadel, Jaller, Waldor I.
7. Rennen. 1. Toby (Karlau), 2. Dredde (H. Memann), 3. Rostentz (Weidmüller), 4. Loto: 28:10, 11:14, 12:13:10, Ferner liefen: Anja Wilson (4.), Morikald Lindenberg, Kraber, Mandarin, Dique (H. B.), Diaktor Peter, Dusa, Wacklen.
8. Rennen. 1. Rita (Kaufer jr.), 2. Der Vikon (Steger), 3. Evelyn (Kaufer jr.), 4. Loto: 26:10, 11:15, 20:10, Ferner liefen: Fendburg (4.), Jack, Rogmann, Gailotte Auier, Maria, Wera III, Fendburg, Jallenbahn, Languste, Gerona, Turbineus, Kiese 2., Jalon jr., Sandfeld.

Fußball-Stadtkamp Berlin-Weißig 3:2. Bei heftigem Herbstwetter saßen sich am Sonntag die beiden Stadtmannschaften Berlin-Weißig. In letzter Minute mußten noch Ersatzspieler eintreten. Bei Berlin schloß Montag, der durch Dargy ersetzt wurde. Weißig hatte Schmöder und Leberer ein. Die Berliner setzten sich von Anfang an überlegen; im Sturm trat Trojandisch hervor; der in der ersten Spielhälfte das einzige Tor für Berlin schloß. Nach der Pause gleich Weißig aus. Weißig erobert Trojandisch eine Minute später Berlin Torzahl auf 2. Weißig stellt dann durch einen Strafstoß das Resultat auf unentschieden. Nachdem Weißig wenige Minuten später wieder für Berlin einsteht, ist das Ergebnis der Weißiger befestigt.

